

Der Rote Frontkämpfer

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbüchern und in allen Buchläden erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Beilagepreis: Sie reichen gesetzliche Neuerungen aus, deren
Raum 25 Pf., für Familienmitglieder 20 Pf., für die Betriebsärzte und Betriebsräte
ein besonderes Zeichen 1,50 Pf. Einzel-Mitglieder mit
wiederholten 5 Pf. ist in der Ausgabe 1,50 Pf. Einzel-Mitglieder mit
wiederholten 5 Pf. ist in der Ausgabe 1,50 Pf.

Beilagepreis: Bei einer monatlich 2,50 RM (außer im Januar), auch
die Welt 2,50 RM (jahrzehntlich). Die "Arbeitsklasse" erscheint jeden
Monat außer im Sommer und Winter. Im Röhrchen befindet sich eine
Ansprache auf die Zeitung über die Auflösung des Reichstags.

Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-B. Schäferstraße und
Baustrasse: Schäferstraße 2, Berlin 17/29. Verkaufsstelle: Dresden 18/20.
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr alle Sonntags, Mittwochs 17-18 Uhr
Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Dienstags 18-19 Uhr jährliche Sprechstunde.

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 7. Mai 1930

Nummer 105

Das Ergebnis der sächsischen Ministerpräsidentenwahl:

Bürgerblod-Mehrheit mit Hilfe der Nazis!

Beschleunigte Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages von KPD bis Nazis niedergestimmt

Mit 46 Stimmen wurde in der gestrigen Landtagssitzung das Mitglied des volksparteilichen Landesvorstandes, Schied, gewählt. Die Mehrheit kam nur dadurch zustande, daß die Nazis 5 weiße Stimmen abgaben. Die von den Kommunisten geforderte beschleunigte Beratung ihres Auflösungsantrages wurde sowohl von den Nazis als auch von den Sozialdemokraten niedergestimmt.

Während also die Nazis bereits offen das kapitalistische Bürgerblodkabinett unterstützen, hoffen die SPD-Führer immer noch, ihr heiliggehrtes Ziel, die Große Koalition mit den volksparteilichen Geldländen, zu erreichen. Ein Waisenhaus aus den Betrieben und proletarischen Massenorganisationen muß deshalb die kommunistische Position unterstützen: Fort mit dem Landtag! Fort mit dem Bürgerblod und seinen Trabanten!

Die nationalsozialistischen Landesknechte der kapitalistischen Bürgerblodherrschaft haben sich gestern gründlich enttäuscht. Nicht am 3. April traten sie im Sächsischen Landtag.

„Doch die früher so marktseindividuelle NSDAP im Westlichen füllt auch mit der KPD in Sachsen eine Regierung bilden wird. Der Nationalsozialismus aber jagt den bürgerlich-marginalen Schieberum schärfsten und entschiedensten Kampf an.“

Dieter „Kampf“ der Nazis gegen das „bürgerliche Schieberum“ läßt gelern so aus, daß die Nazis auf Kommando ihres kapitalistischen Geldgebers Mutschmann dem Kandidaten des bürgerlichen Schieberums“ zur Ministerpräsidentschaft verhalfen.

In derselben Linie liegt auch ihre seit Tagen in ihrem lästigen Blätter betriebene Wörthgehege gegen Kommunisten. Da diese Bankrotteure ihnen an sich schon gestringen Einfluß innerhalb der Arbeiterschaft immer mehr schwinden lehnen, da den Prorobationen dieser uniformierten Kapitalistenschäfte in letzter Zeit seitens der Arbeiter überall eine fröhliche Abfuhr erteilt wird, flüchten sie zum Polizeiaussatz der von ihnen angeblich befürchteten „verjudeten“ Republik“.

Unter dem Titel „Neue Rot-Wörth-Uebertreffer“ schreiben sie.

„Doch unbedingt vergessen etwas geschehen mag. Die Polizei der Polizei ... zeigt deutlich die Rechts- und Schußlosigkeit der nationalsozialistischen Freiheitskämpfer.“

„Gebürtige Freiheitskämpfer“, die den Status des bewaffneten Staatsapparates antreten müssen. Gebürtige nationale Sozialisten“ und „Revolutionäre“, die dem Kandidaten der lästigen Kapitalisten zur Präsidenschaft verhelfen.

Kommunistischer Wahlerfolg

In Kursdorf bei Halle fand am Sonntag, dem 4. Mai, Gemeinderatswahl statt. Zum ersten Male war eine kommunistische Liste aufgestellt worden von der erst kürzlich gegründeten kommunistischen Ortsgruppe. Die Liste der KPD erhielt 73 Stimmen und 3 Vertreter, die Liste der SPD 47 und 2 Vertreter, der bürgerliche Ordnungsblock 108 Stimmen und 4 Vertreter.

Die Wahl ist also ein voller Erfolg der Kommunistischen Partei.

Die Rote Armee auf der Wacht



Tankgeschwader rattern am 1. Mai über den Roten Platz

Rebildung des Bürgerblods

R. R. Nach zweieinhalb Monaten, unter dem Druck der Auflösungsanträge, hat der Sächsische Landtag gestern den Präsidenten des Staatsregierungshauses zum Ministerpräsidenten gewählt. Für Schied stimmten in dieser Sitzung die Deutschnationalen, der Landbund, die Volkspartei, Wirtschaftspartei, Aufwertler, Demostaten und Alltagsdemokraten mit 46 Stimmen. Diese Stimmenzahl hatte nicht genug, wenn nicht die Nationalsozialisten durch Abgabe weiterer Stimmen die anderen Präsidenten zum Sieg verholfen hätten. Die Sozialdemokraten stimmten auch jetzt wieder für Kleinknecht. Die KPD für Kerner.

Wieder einmal wird durch diese Haltung der Nationalsozialisten festgestellt, daß die allseit treuen Stützen des Finanzkapitals sind, genau so, wie auf der anderen Seite die sozialdemokratischen Führer. Doch nur wenigen Tagen hatten die Nazis mit viel Geduld verhakt, doch sie für die Landtagsauflösung kein wurden. Jetzt hoffte Rüdiger nur die Ernennung heran, doch am Donnerstag über das „Schiff“ des Landtages entschieden werden sollte. In der Aktion der Nazis gab es einige Differenzen. Ein Teil dieser Fraktion bestätigte offen die Linie der Unterstützung der Regierung Schied und der Ablehnung der Landtagsauflösung, während Rüdiger aus agitatorischen Gründen die Auflösung wollte. Man hatte sich sowohl Mutschmann als auch Strasser herangeholt. Mutschmann, der finanziell kräftiger war, trug dann den Sieg davon. Der Besitz der lästigen Industriellen wurde durchgeführt.

Auf die Sozialdemokraten hatte der „radikale“ Edel die Aufgabe übernommen, den Triumf, den sie von der Volkspartei erhalten haben, in eine „Heldenzeit“ umzuleiten. Es gelang ihm sehr schwer. Sich ähnlich abmühend, bestreute er, daß die SPD bereit war, mit der Volkspartei zusammen zu ziehen. Sein letzter Versuch zu erklären, daß sie aber nicht ihre Forderungen aufzugeben wollten, war so schwach und schwach, daß sie sofort merkte, was in Wirklichkeit los war. Edel verriet es sehr vorzeitig, darauf einzugehen, an welchen Forderungen denn die Regierungsbefürworter sei. Praktisch wurde zwischen den Parteien über die Forderungen gar nicht verhandelt. Die Volkspartei forderte die Beteiligung der Wirtschaftspartei. Das bedeutete, die SPD sollte so viel in das faulische Boot, daß auch nach unten dokumentiert wurde: die Volkspartei führt die SPD vor.

Nach der ganzen bisherigen Stellung der SPD konnte sie aber einen solch großen Sprung mit einem Male nicht machen. Der Loslösungsauftrag ihrer Anhänger hätte mit einem Ruck eingelebt. Die Volkspartei erachtete es für zweckmäßiger, wenn die SPD in Oppositionstellung verbleibt. In der Opposition dient die „links“ sozialdemokratische Führung dem Interessen des Finanzkapitals im gegenwärtigen Augenblick mehr als in der Regierungsfaktion. Die Volkspartei führt deswegen die Verhandlungen so, daß sie zum Scheitern gebracht wurden, wobei natürlich die sozialdemokratische SPD-Führerchaft eine Niederlage davontrug, sie als geohrfeigter Fatai juristisch. Diese Rolle hätte Edel aufstellen müssen, als er von den Forderungen sprach. Er mündete sich deswegen auch nicht gegen die Volkspartei, sondern gegen die Demokraten, von denen er erklärte, sie tragen die Schuld, weil sie umgefallen sind. Die Demokraten sind aber nicht umgefallen, sie gehen den Weg an der Seite des Finanzkapitals seit Jahren. Sie traten für eine Große Koalition ein, weil ihre kleinbürgerlichen Anhängerinnen gegen den brutalen Raubzug des Finanzkapitals meuterten.

Die Volkspartei geht auch in Sachsen gekräftigt aus den Verhandlungen hervor. Die sozialdemokratischen Führer bleiben auch hier als eine um Beteiligung wissende Gesellschaft zurück. Die sozialdemokratischen Gesamtverbände wollen ja immer wieder

Nieder mit dem RFB-Berbot!

50000 demonstrieren in Berlin — „Der Geist des RFB wird leben, wenn längst die Brünning und Hindenburg nicht mehr sind.“

Berlin, 7. Mai. (Eig. Nachbericht.)

Ein Jahr nach dem Verbot des RFB marschierten gestern in Berlin 50 000 Soldaten der roten Arbeiterfront auf und bewiesen, daß der Geist des RFB lebt. Die teilweise in der Uniform des verbotenen RFB und der Antifaschisten Marschierenden bewiesen die Sinnlosigkeit und Unwirklichkeit des sozialdemokratischen Vertrags, das der Bürgerblod aufrechterhält.

Der Bülowplatz, wo die Kundgebung stattfand, war so übersägt, daß die Nachbarstraßen für den Verkehr gesperrt werden mußten. Hier sprach Genosse Pöhl, der darauf hinzu, daß 150 Prozeß gegen Mitglieder des RFB eingeleitet worden sind, daß über tausend Kameraden

über 300 Jahre Gefängnis verhängt wurden und tausende Kameraden mit Gummiknüppeln niedergeschlagen und mit Karabinern zusammengehauen worden sind. Minutenlang dröhnte es über den Platz: „Rufe!“ In die Lüden und tausende andere klassenbewußte Arbeiter getreten. Trotz ihrer Katastilententen haben Sprecher und Redehörer den Auftritt erhalten. Sie sind geslossen, aber der Geist des RFB lebt. Er wird leben, wenn längst die Brünning und Hindenburg nicht mehr sein werden.

Genosse Heinz Neumann wußte aus: Wir wollen keinen Putz, sondern kämpfen für den

Sturz der bürgerlichen Gesellschaft,

die ganze Macht der Arbeiterschaft. Das ist das Ziel des Sozialismus. Genosse Neumann wies hin auf die Meuterei auf dem Panzerkreuzer „Emden“. Wir grüßen die indischen Revolutionäre, die mit prekären Kräften die Panzerautos der Imperialisten angreifen. Wir grüßen die Armeen der roten Arbeiter und Bauern, die Rote Armee in Sowjetrußland. Ein Vertreter der Roten Jungfront gedachte der für die Rote Jungfront geschulerten Kameraden.

Die Polizei provozierte an den verschiedensten Stellen. Mehrere Jüge wurden nach Waffen durchsucht. In Neustadt wollten ein Offizier nicht den Durchmarsch durch die bekanntgegebenen Straßen gestatten. Diese Polizeiattacke war vollkommen erfolglos. Auf dem Kappensieg stellte ein Schupooffizier den Führer eines Trupps der verbotenen Jungfront. Es hallte ihm entgegen:

„Wir alle sind Führer!“

Dann wollte er einen herausgreifen. Als das nicht gelang, sag

Polizeitruppen schießen Jungarbeiter nieder

Blutiger Polizei-terror im Wuppertal

Wuppertal, 5. Mai. (Eig. Meld.) Im Anschluß an die Beerdigung eines Jugendgenossen, der vor einigen Tagen an der Schwabehahn verunglückte, marschierten 40 bis 50 Jugendgenossen (die Hälfte davon Jugendgenossinnen) durch die Gewerbeschulstraße dem Jugendheim zu. Raum stimmten die Jugendgenossen das Propellerlied an, als ein Ueberraschungskommando der Polizei antraf und eine wilde Attacke auf die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unternahm. Während ein Teil der Beamten mit dem Gummiknöppchen dreinschlug, übten sich die anderen im Schießen. Ohne daß die allergeringste Veranlassung dazu vorlag, wurden drei Jugendgenossen niedergeschossen. Zwei von ihnen wurden sofort in das Städtische Krankenhaus übergeführt.

Kundgebungen gegen das Rot-Front-Berbot

Freitag, den 9. Mai

19.30 Uhr in Dresden, Keglerheim (Friedrichstraße)

20 Uhr in Freital-Deuben, Gasthof zur Post

Im Kampf gegen das revolutionäre Proletariat

nuhen keine Urteile der Klassenjustiz! — Riesiger Arbeiter vor dem Dresdner Klassengericht
Hohe Strafen, noch höhere Strafanträge

In der zeitigen Ausgabe teilten wir unsern Lesern die im Riesiger Verbrechensprozess ausgeworfenen Strafen mit. Wir geben heute unserem Berichterstatter zu einer einsetzenden Würdigung vieler wichtiger Prozesse des Monats.

Die Redaktion.

6. März! In der ganzen Welt drohte der Massenkampf, der aus dem Produktionsprozeß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung" ausgehteten und n. demonstrierenden Proletariat. Überall forderten die Erwerbslosen die Wiedereinführung in den Produktionsprozeß, den Sieben-Stundenstag! Die betriebszähligen Arbeiter, die noch nicht von der kapitalistischen Rationalisierung auf Straßenseitler gedrängt waren, verstanden den Auftauch ihrer arbeitslosen Klassenkollegen. Von der kapitalistischen Staatsgewalt terrorisiert, von der sozialfascistischen und bürgerlichen Pressehetze bestreift, erhob das niedergeschlagene Proletariat auf fünf Sodien des Erdballs erneut das Haupt und verließ die Bourgeoisie in wahnähnliche Angst vor den Aktionen der proletarischen Revolution ...

In Riesa, lange Wochen hatten die Rieser Arbeiter und Erwerbslose auf die geordnete und mächtige Durchführung der Demonstration gegen Wetterverbot und kapitalistische Ausbeutung gerichtet. End am 6. März wurde das Verbot der Demonstration, das durch die lästige Regierung erlassen worden war, bekannt. Auch die Rieser Arbeiter hielten es für ihre proletarische Pflicht, trotz dem Verbot zu demonstrieren. Die Krise des Kapitalismus wird durch Demonstrationsverbote nicht beendet; die Klassengegenseite werden durch die Maßnahmen der kapitalistischen Staatsgewalt noch härter aufgetrieben. Die Polizei stellte sich dem Demonstrationszug, der geordnet und unter Vorantritt einer Musikkapelle marschierte, entgegen. Der Gummiknüppel arbeitete ... Es floss Arbeiterschlund ... Einige Demonstranten wehrten sich gegen die tolle Schlager! Einige Beamte erhielten Schläge ins Gesicht. Einem von ihnen wird das Rosenheim gebrochen ... Von den Verwundungen der Demonstranten wird amtlich nicht gesprochen...

Am 12. März stand der Kriminalkommissar Weidling, der bei dem Zusammenstoß am 6. März einige Schläge erhalten hat, plötzlich an Herzschlag. Die Klassenjustiz mag diesen plötzlichen Tod als den billigen Vormund nehmen zu dürfen geplaudert haben, rummet nach „Schuldigen" zu suchen. Ein Prozeß wurde eingeleitet. Man holte sich diejenigen, die man dazu braucht. Einige Klassenbewußte Arbeiter. Man stellte sie unter Anklage des schweren Auftrugs, des Landesfriedensbrüches und anderer schwerer Verhöfe gegen die „Ruhe und Ordnung" innerhalb der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft ...

Schwarzgerichtsstaat Münchner Platz. Die 13 Angeklagten werden vorgeführt. Das übliche „Spiel" beginnt. Diesmal nur besonders charakterlich und empörend durch die Art, mit der der reaktionäre Amtsgerichtsrat Dr. Danziger die Verhandlungen führt. Ein derartig schändlicher, überheblicher, aufrüttender, ja geradezu die Angeklagten provoziertender Ton ist noch nie von einem Gerichtsvoorzuhrenden in Dresden-Gerichtsräumen gehört worden. Es hilft schwer, dies nicht durch entsprechende Zitate dem Herzen begreiflich zu machen. Selbst schien ihm seine Art der Verhandlungsführung durchaus richtig und notwendig zu erscheinen ... *

Der bekannte Staatsanwalt Dr. Hartmann verteidigt die Untiere. Ein Mann, der sich in jüngerer Zeit bei den revolutionären Arbeiter einen solchen Ruf zu schaffen gewußt hat, daß er — der um besten Preis, daß die Kommunisten den imperialistischen Terror ablehnen — Angriffe auf seine persönliche Sicherheit befürchtet. Beamtete Zeugen, die bei objetiver Aussage die Angeklagten nicht allzu schwer beschädigen, erinnern er daran, daß sie unter Eid stehen und „nichts zu verschweigen" haben ... Und dazu dieser wundervolle unendliche Gerichtsverständnis mit den „inneren Hemmungen" von „damals", als noch „im Namen des Königs" verurteilt wurde; der Mann mit den „inneren Hemmungen" also, die so ausgesprochen zu den Belangen des republikanischen kapitalistischen Staatsmänner passen ... *

Die Angeklagten meist ruhige und gelehrte Arbeiter. Unter ihnen der Jugendgenossen Eissfeld. Bekannt aus dem Landesfriedensbrücheprozess um die Vorgänge am 27. Oktober. Jetzt wieder in die kapitalistische Justizmaschine geraten, weil er vom Gen. Benedix, der von der Polizei zusammengefordert worden war, hilfreich zur Seite stand und ihn aus der Gefahrenzone heraustrug. Das langt gut zur Anklageerhebung wegen „Aufsturm" ... *

Klar, daß die bürgerliche Presse in dem Ton heult, wie er den Klassenbelangen ihrer kapitalistischen Auftraggeber entspricht. Sie sieht nun vornehmlich in der Anklage die unum-

höchste Wahrheit. Die Zeugenaussagen werden entsprechend gefärbt und so gebracht, wie es „Klassenbelangen" gebieten. Die deutschnationalen Dresdner Nachrichten schreiben denn auch:

„Der erste Teil der Beweiserhebung bekräftigte sich auf die Verneinung einer Reihe Rieser Polizeibeamter. Polizeioberwohnmüller Bäuring bezeichnete Benedix als denjenigen, der zwei Faustschläge gegen ihn geführt habe, wodurch er einen Bruch des Rahmenbeines erlitten hätte. Der Zeug bestätigt weiter, daß auch Polizeioberkommissar Weidling bei diesem Vorgange Kopfschläge erlitten hätte ... Polizeioberwohnmüller Hermann erhält von hinten einen Hieb, der über dem linken Schulterblatt. Er bezeichnete Stange als die Person, die verachtet habe, ihm mit dem Müllknauf zu schlagen. Polizeiwohnmüller Lieberzeit war gleichfalls an der Sperrfette eingeklemmt. Er hat bei den Zusammenstößen eine schwere Kopfverletzung von einem Pottenschlag und eine Gehirnerschütterung durch Faustschlag davongetragen ..."

Noch Stundenlanger Verhandlung erhielt dann in den späten Nachmittagsstunden Staatsanwalt Dr. Hartmann das Wort zu seinem Blödsinn. Der Mann ist konsequent! Konsequent bis zum letzten Konsequenz als Vertreter der kapitalistischen Unterdrückungsmaschine gegen das Proletariat! Er sah alle Schuld als erwiesen an.

Seine Anträge:

Gegen den Arbeiter Benedix 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust; gegen die Arbeiter Medow, Otto Stange, Stephan, Hans Müller und Baumann je 1½ Jahre Gefängnis, für die Angeklagten Schauf.

„Ich streiche Ihnen das noch an!"

Das Dresdner Arbeitsamt wieder vor dem Arbeitsgericht

Der Heizer Scholwin war 6½ Jahre in einem Privatbetrieb beschäftigt. Als im Oktober 1928 für das Arbeitsamt Dresden ein Heizer gesucht wurde, bewarb sich auch Scholwin. Obwohl viele Erwerbslose Heizer gemeldet waren, wurde er eingestellt. Bei seiner Einstellung wurde ihm versichert, daß dieser Posten eine Dauerstellung sei. Im April 1929 zum Arbeitsattestwesen gemacht, hatte er in einer Arbeitsgerichtsstelle der Klosterfrau Wolf als Zeuge eine Aussage abzulegen. Diese war vom Arbeitsamt entlassen worden, da sie unbefugterweise den Dienst verlassen und dadurch vorgesetzte Dienstfahrt in den Klosteranlagen nicht verhindern konnten will. Scholwin schaute die Frau als Zeuge und erklärte wahrheitsgemäß die Gründe ihrer Abwesenheit. Sie mußte nämlich für die Überstunden lebendigen Angehörigen ihres Ehemann eintreten. Der damalige Vertreter des Arbeitsamtes, Dipl.-Vollzivirkt. Rohmann, bestritt diese Tatsache und Scholwin sagte ihm auf den Kopf zu, daß Frau Wolf auch für ihn (Herrn Rohmann) Ehemann gehabt habe. Hierdurch geriet der Herr in Panik. Als Scholwin wieder im Arbeitsamt einsatz, empfing ihn dieser Herr mit den Worten: „Ich streiche Ihnen das noch an!"

Die Gelegenheit zum „Entstreichen" war bald gegeben. Im April 1929 lehnte Scholwin eine Wiederwahl als Arbeitsattestmitglied ab. Vorher war er mit der Führung des andauernd defekten Arbeitsstabs betraut worden. Ende April erfolgte seine Entlassung. Da der angekündigte Arbeitsrat die Entlassungsgründe nicht anerkannte, folgte Klage vor dem Arbeitsgericht. Vertreter des Arbeitsamtes war „Genosse“ Direktor Kreitzig, der frühere Gauleiter des Buchdruckerverbandes. Wenn den Worten dieses Herrn Glauben geschenkt werden soll, so war im ganzen Leben diese Entlassung keine Maßregelung. „Es machte sich eben ein Personalabbau notwendig.“ Als Fabrikührer konnte er den Kläger Scholwin (der gelernter Schlosser ist) nicht belästigen, da der Jahrstuhl von einem „Fachmann“ bedient werden müsse. Ausgerechnet seinem Parteigenossen Bandomalla, Angestellten des Gesamtverbandes, war es als Vertreter des Klägers vorbehalten, die Personalpolitik Kreitzigs ins rechte Licht zu rücken. Dieser erklärte der aufstrebenden Judenenschaft, daß der fehlende Jahrstuhlführer und so außerordentlich „bewährte Fachmann“ ein ehrlicher — Buchdrucker sei. Herr Kreitzig blieb ab dieser Mitteilung die Spalte weg. — Viele Menschen werden nun behaupten, weil Herr Kreitzig einmal Buchdrucker war und der jetzige Jahrstuhlführer im Arbeitsamt ebenfalls — deswegen herkömmliche Produktionswirtschaft unter Kreitzigs Regierung. Nein — dem ist nicht so. Warum kann nach Kreitzigs Logik ein guter Buchdrucker nicht auch Fachmann als Jahrstuhlführer sein? Hatte Scholwin nur die Klosterfrau „schwimmen“ lassen, dann wäre Kreitzig nicht so in Druck wegen eines „Fachmannes“ für den Jahrstuhl gekommen. Hierfür hatte aber der Gerichtsvorsteher „Genosse“ Dr. Ebert wieder kein Verständnis. Er verurteilte das durch seinen Genossen vertretene Arbeitsamt zur Weiterbeschäftigung oder Zahlung von 275 Mark an den

Pfeifer, Schlorke, Eissfeld, Wartenberg, Polenzi, Kurt Müller je 8 Monate Gefängnis. Er löschte sogar bestiedigt, als er sich nach diesen Strafanträgen wieder in seinen Lehnsessel vergrub ...

Gen. Rechtsanwalt Dr. Helm, der Verteidiger der Angeklagten, wies in seiner Plädoyer mit Recht vor allen Dingen die unehrliche Art, mit der der Vorsitzende Dr. Danziger den Angeklagten gegenübergetreten sei, zurück. („Rechte“ war noch der indirekte Ausdruck im antisozialen Sprachgebrauch). Insbesondere zeigte Gen. Dr. Helm an, daß der vom Staatsanwalt Dr. Hartmann beantragten Strafen auf, in welchem Maße sich in Deutschland die Klassenwidersprüche verschärft haben, in welchem Maße die kapitalistische Staatsgewalt also verschärft muß, der wahnsinnigen revolutionären Bewegung einen Damm entgegenzustellen.

Das Gericht ging weit unter die von der Staatsanwältin beantragten Strafen herunter. Wie wir schon gestern berichtet, verurteilte es Benedix zu 1½ Jahren, Stange und Stephan zu je 9 Monaten, Baumann zu 1 Jahr 3 Monaten, Hans Müller zu 10 Monaten Gefängnis und Schauf wegen groben Unfugs zu 1 Woche Haft. Die Angeklagten Pfeifer, Schlorke, Eissfeld, Wartenberg, Polenzi und Kurt Müller wurden freigesprochen.

Aber auch diese Urteile sind Terrorurteile gegen das Proletariat. Die Arbeiterklasse wird aus diesen Urteilen die entsprechenden Lehren ziehen. Jede Niederlage, die uns die Klassenjustiz durch die Verurteilung unserer Genossen hier und da an den einzelnen Frontabschnitten der revolutionären Bewegung bringt, ist nur eine scheinbare Niederlage; denn sie bringt dem klassenbewußten Proletariat die revolutionäre Erfahrung, die klassenkämpferliche Schulung, die notwendig ist, um über das herrschende kapitalistische System zu siegen.

Die Befreiung
der Arbeiterklasse
ist der
Widerstand
des Proletariats
gegen die
Bourgeoisie
in Europa.
Sie ist die
Befreiung
der Arbeiterklasse
aus dem
Kapitalismus.

Die Befreiung
der Arbeiterklasse
ist der
Widerstand
des Proletariats
gegen die
Bourgeoisie
in Europa.
Sie ist die
Befreiung
der Arbeiterklasse
aus dem
Kapitalismus.

Die Befreiung
der Arbeiterklasse
ist der
Widerstand
des Proletariats
gegen die
Bourgeoisie
in Europa.
Sie ist die
Befreiung
der Arbeiterklasse
aus dem
Kapitalismus.

Die Befreiung
der Arbeiterklasse
ist der
Widerstand
des Proletariats
gegen die
Bourgeoisie
in Europa.
Sie ist die
Befreiung
der Arbeiterklasse
aus dem
Kapitalismus.

Das Arbeitsamt bei „großzügigen Hilfsaktionen“...

(Arbeitskorrespondenz)

Die Behörden der deutschen Republik nehmen sich vor allem der Arbeitsamts besonders „freundschaftlich“ an, wenn es gilt — Wenn das Methode wird, finden nur noch Buchdrucker als „Arbeitskräfte auf jedem Gebiet“ Anstellung im Arbeitsamt. Alles. — Hätten wir es nicht, so könnten wir es nicht! — Wenn das Methode wird, finden nur noch Buchdrucker als „Arbeitskräfte auf jedem Gebiet“ Anstellung im Arbeitsamt.

Spiegel Borchert nicht in Untersuchungshaft

sondern — in der Heil- und Pfleganstalt

Dresden, 7. Mai.
Wie wir gestern berichteten, beginnt am Dienstag 13. Mai um 8.30 Uhr der Prozeß gegen die „rote Loge“, in dem sich Staatsanwalt Dr. Hartmann neue Vorberreiter im Kampf gegen die kommunistische Gesellschaft plündern will. Bezeichnend ist, daß — wie wir von einem Genossen aus der Heil- und Pfleganstalt erfahren — ein gewisser Borchert in die Heil- und Pfleganstalt als angeblich geisteskrank eingeliefert wurde. Sollten die Spiegel-Auszogen Borcherts doch so öffentlichlich erlogen erscheinen, daß sich eine Ueberführung des exklusiven Spiegels in die Heil- und Pfleganstalt „im höheren Interesse notwendig mache“? — Wir glauben es!

Die „Volkspolizei“ tritt in Aktion

Gestern kurz nach 17 Uhr bemerkte der auf einer Streife befindliche Beamte Pugbach von der 19. Polizeiwache in Lebusau, wie in der Elbe ein vollständig bekleideter Mann schwamm. Kurz entschlossen legte er Seiltengewebe und Wasserrod ab und sprang in die Elbe. So gelang ihm, den Mann, der in der Elbe gesessen und vor dem Untergang war, zu retten. Der Verunglückte wurde der Heil- und Pfleganstalt zugeführt.

Man sieht also, daß wirere mit Recht so beliebte „Volkspolizei“ auch etwas anders als mit dem Gummiknäppel in Aktion treten kann, wenn die Herren sozialistischen Offiziere nicht gegen den „roten Mos“ kommandieren.

Vom Paddelboot in die Elbe gestiegen sind am vergangenen Sonntag in Dresden oberhalb der Blasewitzer Brücke zwei Paddler, die mit ihrem Boot in einen durch zwei Tampete verursachten größeren Wellenabzug gerieten. Das Boot lassie voll und zerknickte wegen nicht genügender Versteifung. Die Paddler konnten schwimmend das Ufer erreichen.

Falsche Reichsbanknoten über 50 RM

Neuerdings ist von den im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten über 50 Mark mit dem Ausgabedatum des 11. Oktober 1924 eine neue Fälschung mit folgenden abweichenden Kennzeichen festgestellt worden: Das Papier ist weißer, gezackt dicker, besteht aus zusammengefügten Blättchen. Die Blättchen sind durch laufende zwischen den Blättchen gelegerte Falten vorgezogen. Das Wasserzeichen ist untenartig auf der Innenseite der Blättchen durch Aufdruck nachgebildet. Der Kontrollstempel hat auffällig dünne Striche. Im männlichen Bildnis der Bördeleite ist das linke Ohr (soom Böhmer, ausgeschaut) ganzlich mikroniert. Im Motiv „Berlin“ des Ausgabedatum ist der Buchstabe „J“ oben mit dem Buchstabe „I“ verbunden, auf diesen beiden Zeichen freilich gezeichnet. Auf der Rückseite fehlen im linken unteren Felde im Blaufeld zwischen den Ziffern „50“ die auf echten Noten gut sichtbaren sonstigen Bedeutungen.

Der Rathenauplatz wird „umgebaut“

Ein mehr als ungünstiges Provisorium

Seit Jahren plant, nach Meldungen der bürgerlichen Presse, das Rathausamt im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidium eine grundlegende Umgestaltung der Plätze an der Königstraße, des Rathauses, des Pirnaischen und des Georgplatzes. Die schlechte Finanzlage der Stadt soll die Plätze bis heute nicht haben vermögen lassen. Beim Georgplatz und auch beim Pirnaischen Platz hat man sich inzwischen mit provisorischen Holzplanen geholfen, die wohl für den Anfangszeit eine gefahrlose Ueberquerung der verkehrssicheren Plätze ermöglichen, aber noch keine befriedigende Lösung des Problems bedeuten.

Besonders dringend ist — und es ist bezeichnend, daß gerade die bürgerliche Presse dazu Stellung nimmt — die Umgestaltung des Rathenauplatzes geworden. Wiedeholz wurde auf die Gefahren hingewiesen, die dadurch entstehen, daß hier jedes Auto, jedes Geschäft und jeder Radfahrer seinen Weg wählt, wie er will hat. Bischöfliches erfährt wird das Begehren des Rathenauplatzes für Anfangszeit durch die Straßenbahnenlinie für die Linien 5, 14 und 17. Lang ist die Linie des dort vorgesehenen Verkehrsunfälle. Einmal erwartet sich hier im Zeitraum von zehn Minuten drei schwerer Unfälle.

Wie mitgeteilt wird, wird eine einzige große Rettungsarmee auf dem Rathenauplatz geschaffen. Die Rettungsarmee setzt

fällig in eine ganze Reihe einzelner Teile, denn sie wird nach wie vor von den Straßenbahngesellschaften der Linien 5, 12, 14 und 17 durchschnitten. Sie ermöglicht aber, nach dem Vorbild am Pirnaischen Platz, ein für die Passanten gefahrloses Ueberqueren des Platzes. Sollte sich die jetzt populäre provisorische hölzerne Anlage bewähren, will man sie später für immer in Steinmaterial ausführen oder aber die aus ihr gezogenen Erfahrungen bei der späteren endgültigen Umgestaltung des Platzes berücksichtigen.

Zum Bau der Talsperre Lehnmühle

Unsere Meldung, daß die Talsperre Lehnmühle nicht weitergebaut werde, löscht nach Mitteilungen von zahlreichen Städten, daß hier jetzt wieder ein Fortschreiten der Bauarbeiten zu erwarten sei. Der erste Ausbau, so wie jetzt mitgeteilt, den die Regierung dem Landtag vorgebracht hat, sei noch nicht beendet und werde auf jeden Fall, ebenso wie der Bau der Straße, beendet werden. Wegen des logischen zweiten Ausbaus ihres Wasserkreises versteht sich hier mit dem Zeitraum von zehn Minuten drei schwerer Unfälle.

Wie mitgeteilt wird, wird eine einzige große Rettungsarmee auf dem Rathenauplatz geschaffen. Die Rettungsarmee setzt

Eine „Werbeschrijf“ des Einheitsverbandes

Borte und Taten der reformistischen Eisenbahnerbürokratie

Schaffens Kampf gegen die revolutionäre Eisenbahneropposition besteht aus Lüge und Verleumdung / Eisenbahner, gebt ihm am 11. und 12. Mai die Antwort durch Wahl der Liste: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

Von Bruno Siegel, roter Spitzenkandidat zum Hauptbetriebsrat

In allen Kundschreiben des Einheitsverbandes zur Vorbereitung der diesjährigen Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn wurde mit besonderem Nachdruck auf eine Werbebrochüre, die Mitte April in die Hände der Funktionäre gelangte, hingewiesen. Diese Brochüre soll enthalten wichtiges Material über „erfolgreich“ geleitete Arbeit des Einheitsverbandes für die Eisenbahner, so habe den Amed. die Gegner erfolgreich zu stoppen. Mittlerweile ist die Schublade erfüllt und umfasst 137 Drucksachen. Der aufgelistete Teil der Arbeitskasse ist in seiner Gesamtheit schon allein von den reformistischen Spionen der Gewerkschaften gewusst, aber was die Leute um Scheffel, Breunig, Käppisch u. a. in dieser Brochüre an „Erfolgen“ ausspielen, ist eine Selbstleistung von gerissenen Schwindeln. Im Vorwort 2. Absatz ist für alle Eisenbahner der Schlüssel zur Tendenz des Inhalts zu finden. Es heißt da folgendermaßen:

„Es empfiehlt sich, in der Agitation noch härter als bisher die gewerkschaftlichen Grundsätze und die idealen Ziele der Arbeiterbewegung in den Vordergrund zu stellen. So wertvoll auch unsere Erfolge in der Interessenvertretung für die Agitation sein mögen, so muß doch anderseits betont werden, daß es sich nicht empfiehlt, nur die materiellen Erfolge in den Vordergrund zu stellen.“

Noch bestechender sind einige Zeilen aus dem letzten Abschnitt, die folgendermaßen lauten:

„Wir müssen die Propaganda für die Ideale der Arbeiterbewegung in den Vordergrund stellen. Die Bewegung darf auf den idealen Schwung nicht verzichten. Es gilt, an den Berufskampf und an das Gefühl gleichzeitig zu appellieren.“

Die Eisenbahnerproleten verlieben dieses Vorwort sehr gut und wissen, was damit gelöst werden soll. Wo sind die Erfolge des EGD? Die Reformisten können mit feierlichem Erfolg für die Eisenbahner bei den Wahlen aufwarten. Erhöhte Ausdeutung und Unterdrückung zweijährige Bindung durch einen miserablen Lohnabschluß, 3 Jahre erfolgloses Handeln um den Manteltaservertrag, der Youngplan mit seinem Reichs-

„men“ am besten. Zum Verleumdungsmaterial gegen die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, das auf dreißig Seiten niedergeschrieben ist, kann nur gesagt werden, daß es dem Lügen-Vorwärts“ des berüchtigten Stampfer und dem Renegotenblatt der Brandenburger entliehen ist. Damit richtet sich das Geschreibsel selbst.

Was sollen auch diese Leute bringen, die ja bis an den Hals im Sumpfe des Versaas an den Arbeiterinteressen heden?

Der Beweis der Lügenhaftigkeit kann vom Ritterleidetrieb an einem Punkt direkt festgestellt werden. Unter dem Abschnitt „Wer beschützt die Wahlberechtigten nicht?“ ist zu lesen:

„Beim Arbeitsgericht Dresden sucht die „Revolutionäre Opposition“ die Wahl zum Betriebsbetriebsrat an. Das Arbeitsgericht wies den Antrag zurück.“

In Wirklichkeit wurde über diesen Antrag drei Monate vorhanden und die Stimmen der Opposition wurden für gültig erklärt.

Aber, was an diesem Beispiel bewiesen wird, trifft — sollte man eine Untersuchung anstellen — auch höchst wahrscheinlich auf alle anderen Fälle zu.

Das Urteil zum Gesamtinhalt kann auch demzufolge nur sein: Lüge, Verleumdung, Überlebensmanöver von ihrem grenzenlosen Verzerr und Angst vor der Abrechnung durch die Wähler.

Aber die Geister sind bei diesen Gedanken doch noch zu wölbeln und entlarven sich leicht. Nachdem man sich auf dreißig Seiten ausgegereift hat, bringt man eine bezeichnende Anerkennung — sie lautet:

„Wir haben geglaubt, unseren Kollegen einen höheren Ausschnitt aus dem vorliegenden Material über die Tätigkeit der RPD geben zu können, damit unsere Funktionäre in der Lage sind, kommunistische Verleumdungen im Betriebsrat entgegentreten zu können. Wenn wir diesmal von der bisherigen Praxis abgrenzen und Material gegen die RPD in unser Werbematerial aufnehmen, so soll das nicht bedeuten, daß wir die Zahl der RPD-Anhänger übersteigen oder ihren Einfluß auf die Massen fürchten.“

Wir empfehlen unseren Kollegen auch an dieser Stelle, von diesem Material nur dort Gebrauch zu machen, wo es zur

Auflösung oder in der Abwehr kommunistischer Angriffe notwendig ist.“

Gemach ihr Herren — warum spalten lange Artikel gegen die Kommunisten, wenn man sie nicht fürchtet? Und warum das Material nicht überall verwenden? Nun, ihr seid erstaunt als Bürger, das zeigt der Arbeitsgerichtsfall. Man soll das Material so verwenden, wo es örtlich nicht gleich nachgespielt werden soll. Das ist Methode, aber eine solche, die ich von selbst richte.

Die Rechtigkeit könnte man den ganzen Inhalt der Broschüre den wirklichen Taten dieser Leute gegenüberstellen — jedoch in einem Artikel ist dies unmöglich. Wir erklären aber als revolutionäre Gewerkschaftsopposition: Ein geschriebenes Wort hat nur Anspruch auf Wahrheit, wenn es mit der Praxis übereinstimmt. Die praktische Beurteilung ist jedoch den Eisenbahnen im Tageskampf und im Kampf um ihre berechtigten Forderungen leicht überlassen. Weil es so ist, deshalb werden die Eisenbahner auch ihre Entscheidung so fällen, daß der Inhalt der Broschüre des Vorstandes des EGD mit dem „herrlichen“ Titel: „Der Einheitsverband als Interessenvertretung der Eisenbahner“ keine wahre Beurteilung erfährt.

Dieses Urteil kann nur lauten: Stärkung der revolutionären Kampfricht der Eisenbahner!

Schaffung revolutionärer Vertrauensmännerkörper auf allen Dienststellen!

Wahl roter Betriebsräte!

Dies sind die Voraussetzungen zur Errichtung der berechtigten Forderungen der Eisenbahner. Nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führt einen entschiedenen und ehrlichen Kampf — deshalb die unbändige Furcht — deshalb Lüge und Verleumdung als einziges Mittel des Kampfes. Die Eisenbahner müssen die Freiheit noch tiefer schlagen als bei der Wahl 1929. Stelle der Hauptvorstand des EGD in seinem vertraulichen Kundschreiben vom 3. Februar 1930 fest, daß die Kommunisten 1929 härter vorgedrungen sind, so wird damit die ganze Furcht, die auch in dieser Broschüre noch stärker begründet ist, beleuchtet.

Deshalb, Eisenbahner, gebt am 11. und 12. Mai jede Stimme der Liste

„Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!“

Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn

am 11. und 12. Mai

Wer ist noch nicht im Besitz von Stimmzetteln und Flugblättern?

Sofort Anforderung richten an:

Hauptversandstelle für Sachsen, Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition Dresden-A., Rosenstraße 55 und Columbusstraße 9, oder

1. Bereich Dresden: Bezirkskomitee der RGO Dresden, Rosenstr. 55.
2. " Pirna: U.-Bez.-Komitee der RGO Pirna, Schmiedestraße 28, O. Hempel bei Dörner.
3. " Radeberg: U.-Bez.-Komitee der RGO Radeberg, Freudenberg 8, Martin Schneider bei Hantzsch.
4. " Bautzen: U.-Bez.-Komitee der RGO Bautzen, Schäferstraße 43, Alex Horstmann.
5. " Zittau: U.-Bez.-Komitee der RGO Zittau, Innere Oybiner Straße 16, Buchhandlung.
6. " Freital: U.-Bez.-Komitee der RGO Freital, Bachstr. 14, Otto Schön bei Künzel.
7. " Dippoldiswalde: U.-Bez.-Komitee der RGO Dippoldiswalde, Herrngasse 100, Clemens Holzschuh.

Alle Dienststellen, Leitungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition und Parteileitungen wenden sich sofort, wenn sie noch Mangel an Stimmzetteln haben, an obige Adressen.

Das Bezirkskomitee der RGO Sachsen Dresden-A., Rosenstraße 55, part.

bahngeht, daß die Eisenbahner zum Objekt erhöhter Ausbeutung macht und zu großer Lava-Massenabfuhr von Eisenbahnen, das sind willkürlich Erfolge einer ungeheuren Verratspolitik.

Alles wurde mit Zustimmung und direkter Mitwirkung der Tarifgewerkschaften und des Hauptbetriebsrates durchgeführt.

Es ist deshalb verständlich, wenn in der Broschüre geschrieben wird:

„Eisenbahner, legt keinen so großen Wert auf eure materielle Lage — euer Ideal muß sein, zu huntern und zu dorben für eine bessere Zukunft.“

Mehr kann wohl die Arbeiterchaft nicht versöhnen werden, als durch solche Demagogie. Sagt nicht auch die Kirche den Hungertugenden: das ist Gott wohlgefällig, im Himmel wird es euch einst besser gehen.

Die Verbundenheit der drei Tarifgewerkschaften in der Vertragspolitik wird durch die Broschüre glänzend bewiesen. Der Vorstand des EGD wagt es nicht, auch nur im geringsten die EGD und den AGV anzugreifen. Hier trifft schlagend das Sprichwort zu: „Gleiche Brüder, gleiche Kappen!“ Das geringe Geplante ist nur Schein gegenüber den Eisenbahner. Man stellt sich vor, in einer 137 Seiten starken Broschüre werden noch keine drei Seiten dem AGV und dem EGD gewidmet, — aber 30 Seiten kramhafte Lügen gegenüber der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Kein Wort der Beurteilung des rigorosen Ausbeuterinstituts bei der Reichsbahn, im Gegenteil — man hört die Maßnahmen der Reichsbahn voll und ganz! Man schreibt zur Lage der Deutschen Reichsbahn folgendes:

„Die gegenwärtige finanzielle Lage der Reichsbahn ist also steineswegs günstig.“

Und einige Tage weiter wünscht man der Reichsbahn quasi Erholung zur Durchführung ihrer „Sanierungsmaßnahmen“. Höher geht eine schmierige Speichelrede willkürlich nicht. Jeder Eisenbahner spürt am eigenen Leibe diese „Sanierungsmaßnah-

Die Kriegsrüstungen bei der Reichsbahn

Im Zeichen des imperialistischen Youngplanes wird die Verselbständigung der Arbeiterschaft durch verkappte Rationalisierung ins Ammettighe gestrichen. Als Voraussetzung der Entente ruht auch der neudeutsche Imperialismus zu neuen Kriegen und zum Bürgerkrieg, insbesondere aber zum Krieg gegen Sommersland, dem einzigen Arbeiterraum, der friedlich am Aufbau des Sozialismus arbeitet.

Um die kapitalistische „Ordnung“ aufrecht zu erhalten, den Widerstand der Arbeiter gegen die kapitalistische Rationalisierung, Ausbeutung, Kriegs- und Bürgerkriegspläne zu brechen, wird der sozialistische Machtkappital mit Hilfe der Sozialdemokratie falschheit. Mit Hilfe sozialdemokratischer Minister und Politikparteien werden Ausnahmegefechte und Demonstrationserbote gegen die revolutionäre Arbeiterschaft erlassen. Hohing verbietet den Reichsbahnarbeiter gegen den sozialistischen Bürgerkrieg zu demonstrieren. Mit Hilfe der Sozialdemokratie werden Panzerkreuzer und Heeresrat genehmigt. Das heut bildet eine Rader-Armee, um die fahrlässigen Wehrverbände für den Fall des Krieges einzuladen. Hand in hand organisieren Generalstab und Industriepläne die wichtigsten Zweige der Kriegsindustrie (Metall, Auto, Tiefen-, chemische Industrie und Werkbau) entsprechend den Bedürfnissen des modernen Krieges. Die neuzeitlichen Erungenkeiten werden durch die Generalstabler des Heeres und der Industrie automatisch für den Krieg ausgewertet. Man eilt sich auf den neuen Top der modernen Kriegsmalerei und stellt die Industrie darauf ein, die Massenmordmaschinen jederzeit in Massen auf die Straße zu werfen.

Auch Dorpmüller gibt sich die redliche Mühe, um die Eisenbahn, eins der wichtigsten Kriegsinstrumente, auf die Höhe zu bringen. Um dieses tölpelige Verfahren durchzuführen, geht er den Eisenbahnen mit Abbau und Gedränge in seinem gründlich zu Reihe.

Um die Eisenbahner zu „beruhigen“ — insbesondere für den Fall eines Streiks — hat man sich neben den Denzen den „Bahnkodex“ angelegt. (Zur Zeit circa 10.000 Mann.) Die erforderlichen Reisen können jederzeit durch die fahrlässigen Eisenbahner-Turn- und Sportorganisationen in Höhe von circa 35.000 Mann gestellt werden. Hier ist Dorpmüller außerordentlich sparsam. Seine Subventionen für diesen Bahnhof gehen jährlich in die Millionen. 10.000 Züge, Wagen mit auswechselbaren Radäxen für entl. „Sprungfahrten“ nach Sommersland — Wagen mit Ausstattungen für Militärräume und diverse Zugzettige — vervollständigen die Friedensliste Dorpmüllers. . . .

Ganz belustigd sieht man Dorpmüller der ca. 3500 Mann starke Streitkraft zu liegen. Reichsbahnrat Jämer

Jeder Eisenbahner gibt am 11. und 12. Mai nur diesen Stimmzettel ab

Ortsbetriebsrat

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

Bezirksbetriebsrat

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

Hauptbetriebsrat

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

scheidt im „Amtlichen Nachrichtenblatt“ vom 2. April 1930, daß der Streiter durch Laufen, Rennen, Schwimmen, Hindernissrennen, Ringen, Boxen, Ju-Jitsu, Übungen mit der Schuhwaffe und Polizeidienst fortgeschult werden müssen. Bei diesen Übungen muß der Streiter, um den Erfüllungsgrad zu erkennen, unbedingt Höchstleistungen erzielen. Diese Ausbildung ist Pflicht und als Berufsausbildung anzusehen! Daß die weitere Ausbildung der Streiter im Felddienst, langsamem Schritt, Paradesmarsch, Schleppen mit Gewicht und Maschinengewehr, Handgranatenwerfen, Gasattacken auf Truppenübungsplänen unter der Aufsicht von Offizieren gelehrt, die Streiter während dieser Übungen tötet, verpflegt und außerdem den regulären Lohnen 2 Mark Tagessalzage bekommen, hat Herr Oberst Jämer allerdings verschwiegen.

Der „Vorwärts“ zerstört eine Krotobilitätsreise und hält eine „Militärspielerei“. Nur die Arbeiterschaft jedoch findet diese „Soldaten-Spielereien“ eine blutig ernste Angelegenheit. Von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie haben die Eisenbahner keine Kampfmaßnahmen zu erwarten. Deshalb müssen sich die Eisenbahner durch die Wahl von roten Betriebsräten und revolutionären Vertrauensleuten die Organe schaffen, unter deren Führung sie den Kampf gegen die Rationalisierung, Ausbeutung, Kriegs- und Bürgerkriegsrüstungen der Bourgeoisie aufnehmen.

Durch die systematische Aufdeckung aller verdeckten und offenen Kriegsrüstungen durch die Auflösung und Mobilisierung aller Eisenbahner zum Kampf gegen die Rationalisierung, für den Siebenstundentag, durch den rücksichtslosen Kampf der breiten Arbeiterschaft gegen das gesamte Ausbeuter- und die verräulerischen Pläne der herrschenden Klasse durchzusetzen. Eisenbahner, denkt daran am Wahltag!

Wählt rote Eisenbahner-Betriebsräte!

Streitbrecher auf den Listen des Einheitsverbandes!

Gehen ihrer Vokalientrolle gegenüber dem Unternehmensrat haben die Gewerkschaften, wie die letzten Kämpfe der Arbeiter zeigten, sich zu Streitbrechervermittlungsstellen entwickelt. Mit in dieser Linie marschierten auch die Scheffel und Konietzko. Bei dem jüngsten Betriebsrätewahlkampf führen sie ihren Kampf nicht nur mit den gemeinsamen Mitteln gegen die revolutionäre Eisenbahneropposition, sondern sie fordern die Eisenbahner auf, als Betriebsräte solche Elemente zu wählen, die sich als Streitbrecher im lädierten Eisenbahnerstreik 1927 besonders Spuren verdient haben. So stehen auf der Liste der BM 3 Dresden die beiden Streitbrecher Jäh und Mirisch. Jäh erhielt für seine „Aktionen“ beim letzten Jahreswahlkampf noch ein besonderes Dankesurteil des Hauptvorstandes des EGD nebst einem Kalender zugesandt. Eisenbahnerkollegen, merkt euch dies und gebt dem EGD und den Streitbrechern am 11. und 12. Mai die Antwort, indem ihr geschlossen für die Liste stimmt, die das Kennwort trägt:

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

Revolutionäre Eisenbahneropposition

Mittwoch den 7. Mai, 17 Uhr, wichtige Sitzung und Materialausgabe im Kult. „Zur Linie“, Marcelini, Ecke Gröbelstraße.

Dresden-N.

Bruchbandagen, Leibbinden
Senkfußbeinlagen fertig nach Maß
Hermann Straube, Dresden-N
Antonstraße 23, am Neustädter Bahnhof
Lieferant sämtlicher Frankenkassen
6064

Schuhhaus Knobloch
Bautzner Straße 16
Große Auswahl, niedrige Preise
Vorzeiger dieses 4% Rabatt
6062

Eisen- u. Messingwaren Werkzeuge
Nitschke & Wagner, Bautzner Straße 33
6062

Waffen Waffelzucker angreifbar
H. Geibens, Langenhainer Straße
6061

Wein u. Weinseig
emphatisch
Ernst Meier
Johann-Meier-Straße 1
6060

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Alfred Steglich, Oppelnstraße 11
6060

Arbeiter, ebt Käufe Speiseis!
Bischofsplatz und Konstablerstraße 34
6060

H. Schlegeljahn
in Pfefferminz, Milch im Galion
Bäckerei Albertstadt
Königsbrücke 84, am Uferlauf
6062

Lebensmittel-Herrmann
Königsbrücke Straße 62, Hauptstraße 24
8% auf sämtliche Waren 8%
6062

Photo-Harm
Königsbrücke Straße 68 / Preiswerte Begegnungsstelle in sämtlichen Photo-Artikeln
Entwickeln @ Kopieren @ Vergrößern
6062

Bäckerei und Konditorei
H. Frommelt, Hechtstraße 61
6064

Bäckerei u. Konditorei, Sprechapparate, Telefon
Sechtemstrasse 20 I 100 m. Borsigstraße 29
6062 Zahl. Wille Gübler

Gaststätte zum Hagedecker
Int. Alfred Riedel, Bischofsplatz 74, Verkehrskiosk der Arbeiterschaft, Prima ausschließlich
Fleisch- und Wurstwaren
6062

Verkehrskiosk der Arbeiterschaft
Winkelmann Restaurant
Ecke Kamenzer und Schleißfelder Straße
6062

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Spezialität: Aufschott
Alfred Jähne Ecke Ritterstraße 9
6060

Dresden-Pleschen

Sport- u. Schuh-Geiler
1 Minute vom Straßenbahnhof Mickten
7120

Erste Sächs. Bootswerft Theodor Krebs
Uferstraße 1
6065

Sprechapparate und Platten in großer Auswahl
Musik-Noack Spezialität: Arbeiterbedarf/Bürgerstraße 8
6064

K. Völksen Lederhandlung / Spezialität: Rucksäcke
Leipziger Straße / Filiale: Cossebauder Straße 44
6064

Bevor Sie kaufen, besichtigen Sie meine Ausstellung, Konkordienstr. 38/40
Möbel Max Höhnel Elegante Taschentücher / Zahnfleischpflege
Gediegene Arbeit / Niedrige Preise / Möbelwaren, Münzstr. 31
6060

Hommels Schokoladenhaus
Ecke Torgauer- und Bürgerstraße
und Neugersdorfer L. Ha.
6062

Akku-Ladestation
Emil Lüscher, Oschatzer Str. 17
6062

Prima Fleisch- u. Wurstwaren
Fritz Drescher, Oschatzer Str. 4
6062

Lilien-Drogerie
Rudolf-Arzt, Leipziger Str. 22
Photokamera, Entwickeln, kopieren und vergrößern
6062

Drogerie Volksbad
Wunzer Straße 15
6062

Haushaltungs-Wäscherei Weiße Rose
Hechtstraße 92
Telefon Nr. 53534
6062

Zigarren direkt ab Fabrik enorm preiswert und gut!

Everbloss

Extra-Rabatt!



4

Fabrik-Filialen: Kurfürstenstr. 21 und Reichefelder Str. 5

Arbeiter verlangt in den Lokalen die ff. Riesen-Altdeutsche von der **Wurstfabrik E. Scherzberg** Kiefernstraße 11

Kurt Seifert & Co.
Sachsen-Meyer-Straße 29
Holz • Kisten • Brillen

Ritter Deutzels
Dermatologische und Kosmetikgeschäfte
6062 Schönstraße 26 — 1. Oberges.

Lebensmittelhaus M. Krämer
Schölerstraße 2a
7% Rabatt

Kurt Mühlmann, Sachsenstraße 35
Papier- und Schreibwaren
6064 Spezialitäten, Qualität

Höhe jeder Art Matratzen, etwas Fabrikat Herren-Artikel @ Hotel Padberg, Dresden-N. 8 Kirschnerstraße 10, Meissenstraße 10, Auguststraße 4, Prinz-Eugen-Straße 4

Markthalle 3 wieder
Görlitzer Straße 44

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Lange Neustädter Markthalle
Stand 7-8

Heinrich Richter Markgräflerstraße 42
Uhren, Goldwaren, Optik, Spezialwaren
6062 8% Rabatt

Uhren aller Art @ Goldwaren
Gustav Pfund
Uhrenmeister, Fritze-Reuter-Straße 10
6062

Glau & Pötschke
Mineralwasser-Fabrik Biergrobhandlung
Industriegelände, Eingang C

Arbeiterfrauen lassen waschen
Lohnwäscherei „Felicitas“
Gebrüder Seebold / Ruit 51930
Röhrstraße 22

Referiert

Herren- und Damen-Frisiersalon

Bruno Göppert, Hechtstraße 12

6062

Warenhaus**Meldner & Co.**

Bischofsplatz 8/10

6062

Hauptgeschäft: Hömersir. 1 u. 3

Zweiggeschäfte: Leipziger Straße 100
Vogelstraße 51, Altplanum 2, Prinz-Eugen-Straße 4

6062

Sachsen-Meyer-Straße 29
Herrn & Frau Bruno Göppert

6062

Herrn & Frau Bruno Göppert

6062

Das Pendeln der Mittelschichten

Der Gen. Opitz sagt, daß ich vor der Veröffentlichung meines Artikels eine Stelle darin gehabt hätte, die lautet:

"Je stärker die Monopolgewalt wächst, im Reko gräßere Abhängigkeit gerät das Kleinbürgertum um..." Ich muß wieder die Frage stellen, ob der Gen. Opitz unter Kleinbürgertum gelesen hat. In diesem Programm wird er an einer ganzen Reihe von Stellen von dem Schwanen des Kleinbürgertums lesen. Hier steht es unter dem Abschnitt "Die Täler der Proletarientums und die Städte": "Das bürgerliche Kleinbürgertum um...". Das, was ich in meinem Artikel geschrieben haben soll, steht in unserem Parteiprogramm, daß wir das Schwanen des Kleinbürgertums zu nutzen müssen, um es zu neutralisieren oder für uns zu gewinnen. Ich will noch darauf hinweisen, daß z. B. Lenin das noch viel klarer zum Ausdruck bringt. Ich glaube, Gen. Opitz hat meinen Artikel nicht aufmerksam gelesen, sonst hätte er diese Stelle fassen müssen.

"Es gibt im politischen Leben keine unbeküngbare, unberichtigbare, schwierigere und von einem Extrem ins andere wechselnde Welle, als das Kleinbürgertum..."

Und das ist nicht anderes, als formuliert, daß was Gen. Opitz behauptet, daß hätte es aus meinem Artikel herausgelesen. Ausdruck des Gen. Opitz: "Sollte du die Stelle ausdrucken oder nicht?" Gen. Kammel: "Nein!" Gen. Opitz: "In dem Material des ZK an die Bezirke heißt es, daß du diese Stelle zu rückzunehmen hast." Gen. Kammel: "Richt das ZK, hat das selbstredend, sondern Merker!"

Die sozialdemokratischen Arbeiter

find die Fehler des Sozialföderalismus, aber sie sind nicht der Sozialföderalismus selbst. Wir müssen sie hinwegschaffen, von dem Sozialföderalismus und berücksichtigen wir Fehler der proletarischen Revolution. Was macht aber Gen. Opitz, der diesen Fehler der Sozialföderalismus übersteigt? Er stellt die politische Resolution gegenüber. Er weiß, daß man untercheiden muß zwischen dem sozialdemokratischen Funktionär und dem sozialdemokratischen Arbeiter, ja, in der Weddinger Revolution steht sogar, daß man differenzieren muß im Apparat des Reichsbanners. Wie steht die Frage im sozialföderalistischen Apparat? Ist es möglich, Teile des sozialföderalistischen Apparates zu uns heranzuziehen? Na! Die Tatsache, daß wir keine Organisationen berücksichtigen als Gruppen der Kommunistischen Partei, beweist, daß der Reichsbanner mit im Weddinger Gefecht haben, in seinem Widerspruch steht zu dem, was der Gen. Opitz hier konkurrenzieren will.

Wir sind scharf gegen jedes Lippenbekanntnis!

Aber ebenso lehnen wir ab, daß jemand gegen seine inneren Überzeugungen etwas vertreten soll. Wenn der Gen. Opitz auf seinem Standpunkt steht, dann muß man immer wieder ganz klar erkennen, daß eine wirkliche Verteidigung und Durchsetzung einer Politik nur möglich ist, wenn man innerlich davon überzeugt ist. Wenn diese Vorstellung nicht besteht, sondern man die Fehlschlüsse nur unter dem Zwang der Verhältnisse durchführen will, wissen wir, daß er mit der Sodatage dieser Fehlschlüsse sein kann. Das muß auch in einer Frage revidiert und muß bestimmt, daß ich den Rücktritt in einer Abstimmung anstreben muß. Als bei dem ZK über die Leitung der Partei in Sachsen entschieden wurde, vertrat ich die Auffassung, daß der Gen. Opitz in der ZK und im Sekretariat verstreiten sein soll. Diese Auffassung habe ich dort eingenommen, wo ich noch nicht die politische Stellung des Gen. Opitz kannte. Jetzt bin ich zu der Auffassung gekommen, daß ein Verbleiben des Gen. Opitz in der Leitung des Bezirks unmöglich geworden ist.

Ich habe auch aufgezeigt, im welch furiosen Stil wir vor sozialen Aufgaben stehen. Wir werden sie nur mit einem feinen und starken Funktionärfaktor der Partei zum Sieg des deutschen Arbeiterschaft durchführen können.

Genossen M. Plauen: Den Heimarbeiterrinnen bei uns besteht man noch geringere Würde als 2 Pf. die Stunde. Es genügt nicht, wenn wir bei Verstärkung unserer Frauenerarbeit an jeder Tagung ein Drittel Frauen delegieren. Wir müssen arbeiten unter den Betriebsarbeiterinnen und Hausfrauen. Die Rednerin führt dann einige Beispiele glänzender Werbearbeit für die "Kämpferin" durch die Ortsgruppe Oelsnitz im Vogtland auf.

Gen. G. Vinck: Wir haben in den Konsumgenossenschaften in Deutschland 3 Millionen Mitglieder, die fast ausschließlich von der SPD und der Genossenschaftsbürokratie beherrscht werden. Die Verantwortung der Partei in den Genossenschaften ist noch sehr schwach. Die Partei muß den Genossenschaftsbürokratie nicht Aufmerksamkeit gönnen. Die Bürokratie führt ihren Hauptkampf gegen die kleinen Händler, aber absolut keinen Kampf gegen die Trust-Monopole und Konzerne. Im Gegenteil, sie verbündet sich mit diesen. In der "Rundschau" wird eine gemeinsame und intensive Krieg gegen die russischen Genossenschaften geführt. Kleine Händler, die von der Zeitung der russischen Genossenschaften aufgedeckt werden, werden in der Rundschau aufgedeckt in einem Tone, wie er selbstd in den reaktionären bürgerlichen Blättern kaum zu finden ist. Die Kommunisten werden in dem Platz sehr oft als Straußdiebe und Banditen bezeichnet. Bei der Zusammenlegung der kleinen Genossenschaften steht nicht immer die wirtschaftliche Notwendigkeit im Vordergrund, sondern es sind dabei politische Gründe für die Bürokratie maßgebend. In den mittleren und kleineren Konsumgenossenschaften herrscht noch ein bestimmtes revolutionäres Leben, das durch den Zusammenschluß unterdrückt werden soll. Untere Parteigenossen müssen in den Betriebsverbänden und in den Wohngebieten die Genossenschaftsklage planmäßig bearbeiten. Einzelne kleine Einheiten sind gute Gelegenheiten vorhanden, Diskussionen zu entfachen und die Genossenschaftsmitglieder für uns zu gewinnen.

Zur Freiburgerfrage: Dem Kind nicht den Rücken schenken, kennt ihr nicht die Mehrheit der Mitglieder eckhart holt!

Gen. J. (ZKB): Im Vordergrund unserer Arbeit muß stehen der Kampf gegen das Verbot des ZKB gegen die Unterdrückung der Kinder in den Schulen. Wir müssen feststellen, daß wir in dieser Frage unserer Aufgabe nicht gerecht werden. Die Parteileitung und die Jugendleitung müssen die Arbeit für den ZKB mehr unterstützen. Zum zweiten Welttreffen der Arbeiterkinder zu Büttingen im Hause muß es umgenügen, aus dem lächerlichen Betrag 5000 Kinder zu entenden. Wir müssen es verstehen, an die konkreten Voraussetzungen anpassen. So wurde z. B. in Dresden der Preis für die Schulförderung von 30 auf 150 Mark erhöht. Die Kinder im ZKB sind berufen, unsere Arbeit fortzuführen, deshalb müssen wir alle Kräfte anwenden, um den ZKB zu unterstützen und zu stärken.

Gen. G. Dresden: Spricht über die Arbeit der drei großen angegliederten Organisationen (Rote Jungfront, RAB, ZKB u. u.). Gegen den Standpunkt eines Teiles unserer Genossen, daß wir in den einzelnen Arbeiterorganisationen keine Fraktionsarbeit leisten sollen, müssen wir uns mit aller Schärfe wenden. Der Reichstagtag der Arbeiter am 14. und 15. Juni in Dresden muß die weitgehende Unterstützung der Partei finden. Es ist notwendig, die Betriebe und Organisationen für diesen Kongreß zu mobilisieren. Die Betriebsgruppen für die ZKB, ZKB u. u. sind so notwendig wie die Parteizellen in den Betrieben.

Gen. G. Plauen: Man wirft uns eine ultralinke Einstellung vor. Es muß jedoch festgestellt werden, daß gerade wir in Plauen große Frontkämpfe gemacht haben. Am 8. März konnten wir 10.000 Erwerbstätige auf die Beine schwingen. An einer Versammlung der Antifa kamen 80 Neuaufnahmen gemacht werden. Ich bin der Meinung des Genossen Metter, daß

man, wenn man den Sozialföderalismus ablehnt, auch den Nationalföderalismus ablehnt.

Gen. Sch. Reitstall: Der Genosse Opitz besitzt durch seine Erklärung eine Pufferstellung. Wenn das bürgerliche Bürgertum freudig die Erklärung von Opitz in der letzten ZK begrüßt, so kennzeichnet das die Rolle der leichteren Strömung. Sie wird Exponent jeder parteihinweisenden Richtung. Die Mängel des organisierten Apparates, eines organisierten Zentrums möchten ihm sehr hart begegnen. Man muß bei der Zusammenlegung der neuen ZK die Voraussetzung vor bürgerlichen Durchführung der Linie der Partei schaffen.

Gen. A. Leipzig: Ich muß den Vormarsch, daß die Mehrheit des Stadtteiles A, Leipzig, die ultralinken Tendenzen fordert, zurückweisen. Gerade die ZKB des Stadtteiles A hat dazu beigebracht, dem Jugendtag zu einem großen Erfolg zu verhelfen. (Lebhafte Wiederholung.)

Gen. J. Leipzig: Der Bezirksparteitag hat sicher etwas erreicht, was mir einen anderen beiden ultralinken Delegierten, die mir bei unserer Delegation haben. Das Vermeiden jeder politischen Stellungnahme ist bedeutsam für die Ultralinks. Die Partei muß mit solchen Elementen, die die Partei nur bestimmt, Schluss machen.

Genossen Jakob, Leipzig: Die Art der ultralinken Genossen, zu diskutieren, ist die, die politisch nicht festzulegen.

Auf der Basis einzelner organisatorischer Fragen verliefen sie, die Partei anzugreifen. Das gefährlichste ist die Methode einzelner Genossen, die behaupten, mit der Partei keine Differenzen zu haben. Dabei machen sie unausgelesene Ausfälle gegen einzelne verantwortliche Genossen in der Zeitung. Ein Teil der ultralinken Genossen ist direkt parteifindlich, wagt aber nicht, wie z. B. hier, ihre Auflösung klarzulegen. Der Genosse H. ist überhaupt nicht erschienen und weißt sich abgleichs er doch ein verantwortlicher Funktionär der Partei ist, um die Entscheidung herum. Ich degradiere, daß die politische Resolution und die Handhabung gibt, mit solchen Genossen Schluss zu machen.

Bericht der Kommissionen (Berichterstatter: Genosse Wehner).

Denkt ich meinen Bericht geben, möchte ich den Teil der Erklärung des Genossen Opitz, der sich auf mich bezieht, auf das entsprechende zurückweisen. Genosse Opitz hat nicht im geringsten das Recht, sich auf meine Haltung zu beziehen.

Dann trägt Genosse Wehner die in den Kommissionen gesetzten Fehlschlüsse vor, die in die politische Resolution hineingearbeitet und zum Teil in besonderen Anträgen formuliert sind.

Um Schlüß eines Berichts kommt Genosse Wehner, daß die Delegierten die Fehlschlüsse in Verbindung mit dem schriftlichen Bericht gut durcharbeiten müssen, um die Durchführung dieser Fehlschlüsse zu gewährleisten.

Schlusswort des Genossen Renner

Wie müßten in Bezug auf die Methoden zur Gewinnung der SPD-Arbeiter eine Wenderung in der politischen Resolution vornehmen, angehoben die aufgetretenen Meinungen einzelner Genossen. Es darf niemand die Möglichkeit haben, die Resolution anders auszulegen. Es scheint, daß der Genosse O. Plauen, die "Linke" Stimmung nicht vollkommen überwunden hat. Solle er nur ungünstig formuliert haben, so wird es bald korrigiert sein. Der Genosse A. Leipzig konnte uns nicht überzeugen von der Qualität der Partei gegenüber, denn gerade in seinem Stadtteil werden die Aufgaben nicht durchgeführt. Die Genossen fordern die Belebung des Genossen Jakobs aus der Redaktion, weil er die Beauftragung im Kampf gegen die Ultralinks untersteuert. Die Genossen der ZKB sind absolut nicht mit der Linie der Partei einverstanden, denn sie meinen, daß Parteiarbeit zu machen. Sie weigern sich gegen einen Vertreter an ihrer Seite teilnehmen zu lassen. Viele Genossen haben einen Disziplinarkampf gegen die Partei organisiert. Wir müssen von den verantwortlichen Genossen fordern, daß sie Arbeitskennen, und werden es nicht wollen, daß sie sich vor der Entscheidung drücken. Von ihrem Standpunkt führt eine gerade Linie zu einzelnen Genossen in Chemnitz, den Gen. W. und Opitz, die heute noch gegen einzelne Methoden polemisierten und eine Diskussion verlangen. Sie verfluchen also, mit der Forderung nach

Genosse Zellenleiter!



Hier ist noch nicht gesammelt worden
Nun aber sofort an die Arbeit

Kein Betrieb ohne Sammeliste!

der Diskussion einen Kampf gegen die Linie der Partei aufzunehmen. Der Genosse Opitz verflucht immer wieder, Meinungsverschiedenheiten im Sekretariat zu konstruieren, um sie für Abzusunzen. Er glaubt, durch ewige Wiederholung die Führerung in Mikroskop bringen zu können.

Die Partei hat sich seit der Neugründung neuorientiert entwickelt. Der Bezirksparteitag lehrt, keine Zusammenkunft und die von ihm geleistete Arbeit sind allein Beweis dafür, daß die Parteifähig ist, die ihr gestellten Aufgaben zu bewältigen. Der Beruf einzelner Genossen, die organisierte von der politischen Arbeit zu trennen, ist gelöschert. Eigentümlichkeiten haben keine Wirkung mehr. Im übrigen hat die Diskussion gezeigt, daß die Mitgliedschaft in den Zellen überzeugt ist von der Führerungsaufgabe Kutsch. Dies gilt es, weiter voranzutreiben und im Kampf um die Gewinnung der Arbeiterschaft alles daranzulegen, daß untere Agitationssmittel, die Parteipresse und die Großblätter meiste Verbreitung finden. Jedes Parteimitglied muß systematisch und zäh für die Presse und die Partei werben, die Zellen, die neu aufgenommene Mitglieder, entsprechend ihrer Fähigkeiten, in die Arbeit einzustellen. In den Betrieben muß es untere Aufgabe sein, bei allen Kämpfen die Führung zu unterstützen, die Kämpfe gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu organisieren. Vollkommens und Kleinkunst dürfen bei uns keinen Platz haben. Mit führer Enthüllungen, allen Schwierigkeiten Trok bietet, gilt es, vorwärts zum Sieg zu marschieren und alle Gegner zu schlagen.

Die Abstimmung

Nach dem Schlusswort des Genossen Renner erfolgte die Abstimmung über die Resolutionen und Anträge. Die Abstimmung über die politische Resolution durch die Delegierten erfolgte einstimmig. Unter Bräus und Händeschütteln des Bezirksparteitages wurde der Genosse Wehner die Wahl bestätigt. Dann erfolgte eine nachmalige Abstimmung mit allen als Gäste anwesenden Mitgliedern der Partei. Dabei stimmten nur die Genossen Opitz und Winter gegen die Resolution. Alle übrigen Anträge wurden einstimmig angenommen bis auf einige Anträge, Rollenfragen betreffend, die gegen 2 und 3 Stimmen beschlossen wurden. Mit dieser Abstimmung war der öffentliche Teil des Bezirksparteitages erledigt. Es folgte dann die geschlossene Sitzung, in der auch die Bezirksleitung einstimmig gewählt wurde. Mit dem Gang der "Internationale", einem begeisterten Hoch auf die Komintern, die SPD und das revolutionäre Proletariat wurde der Parteitag geschlossen.

Ein Jahr RFB-Verbot / Kommunistischer Appell an die Dresdner Arbeiter!

Arbeiter! Kämpfengenossen!

Am 1. Mai 1920 wurden in Berlin 23 Arbeiter durch die Maßnahmen des Sozialföderalisten Jägerheld ermordet. Die Toten ihrer Eltern genügen der Bourgeoisie keineswegs; sie braucht mehr, um ihren Wert im Dienste des Antikommunismus zu beweisen. Im Anschluß an die Massakergruppe wurde der Rote Frontkämpferbund, die starke Stütze der proletarischen Weltinternationalen, die größte Gefahr des Imperialismus, verboten.

Gezehni und Sennig haben sich ein "großes Verdienst" erworben mit dem Versuch, der Arbeiterklasse das starke Volkswert gegen den Föderalismus zu rauben. Die SPD und das Reichsbanner geben zwar an, den Kampf gegen den Föderalismus zu führen, aber lebt die SPD und die Reichsbannerarbeiter glücklich nicht mehr den hohen Prinzipien. Wir müssen den Kampf gegen den Föderalismus zu führen wie die Kommunisten! erklärte ein Chemnitzer Jungarbeiter des Reichsbanners seinen Führern. In Leipzig und Cöthen mauten die SPD-Arbeiter gegen den sozialföderalistischen Kurs ihrer Partei.

Der lebhaft Hörings an das Reichsbanner befeuert, daß alle Arbeiter im Reichsbanner unter allen Umständen die Regierung Brünning als die "ihre" anzusehen haben.

Die Auffrage der Brünning-Regierung hat Höring durchzuführen. deshalb die Erklärung an das Zentrum, daß das Reichsbanner keine sozialföderalistische Kampfgruppe sei, sondern nach wie vor die "Föderalisten" verteidigt. Reichsbannerarbeiter, mit eurem ehrlichen Willen, gegen den Föderalismus zu kämpfen, wird im Reichsbanner Schindauer getrieben. Ihr sollt unter allen Umständen das sozialföderalistische Kabinett Brünning anstreben und verhindern. Die einzige Wahr- und Schutzbefreiung ist verboten. Ein Jahr RFB-Verbot hat bewiesen, daß der RFB nach wie alle Kräfte anwenden, um den RFB zu unterstützen und zu stärken.

Gen. G. Dresden: Spricht über die Arbeit der drei großen angegliederten Organisationen (Rote Jungfront, RAB, ZKB u. u.). Gegen den Standpunkt eines Teiles unserer Genossen, daß wir in den einzelnen Arbeiterorganisationen keine Fraktionsarbeit leisten sollen, müssen wir uns mit aller Schärfe wenden. Der Reichstagtag der Arbeiter am 14. und 15. Juni in Dresden muß die weitgehende Unterstützung der Partei finden. Es ist notwendig, die Betriebe und Organisationen für diesen Kongreß zu mobilisieren. Die Betriebsgruppen für die ZKB, ZKB u. u. sind so notwendig wie die Parteizellen in den Betrieben.

Gen. G. Plauen: Man wirft uns eine ultralinke Einstellung vor. Es muß jedoch festgestellt werden, daß gerade wir in Plauen große Frontkämpfe gemacht haben. Am 8. März konnten wir 10.000 Erwerbstätige auf die Beine schwingen. An einer Versammlung der Antifa kamen 80 Neuaufnahmen gemacht werden. Ich bin der Meinung des Genossen Metter, daß

wendiger ist denn je. Ueberall, wohin wir blicken, wird der Unterdrückungs- und Ausbeutungskampf gegen die Arbeiterklasse mit Unterstützung der sozialföderalisten Föderalisten und den Nationalsozialisten durchgeführt. Die Kriegsgefahr, der Weltimperialismus gegen die Sowjetunion, hat sich verschärft.

Ungeachtet dieser Tatsachen ist es dringend erforderlich, daß der Kampf gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront mit allen Mitteln verstärkt wird. Das Dresden-Komitee gegen das RFB-Verbot ruft die Arbeiterschaft auf, am 9. Mai im Regeltheater, 18 Uhr, zum Protestmeeting in Mitten zu erscheinen und für die Aufhebung des RFB-Verbots zu demonstrieren.

Ruf die Verteidigung der Sowjetunion! Gegen den Föderalismus! Weg mit dem RFB-Verbot!

Unter diesen Parolen marschiert am 9. Mai das Dresdener Präsidiat. Die Teilnehmer marschieren gemeinsam 18 Uhr von folgenden Plätzen zur Kundgebung:

Döbeln: Dorfplatz, Mühlstädt: Freiberger Platz,

Neustadt: Böhmischopl. Striesen: Mühlstraße.

Johannstadt: Holbeinplatz, Pieschen: Leoniger Platz.

Das Komitee gegen das RFB-Verbot Dresden.

Der verbotene RFB demonstriert

Zum Jahrestag des RFB-Verbotes demonstrierten am 3. Mai in Herne in Westfalen am Nachmittag 5 Gruppen des verbotenen Roten Frontkämpferbundes in voller Bundeskleidung mit dem Gelang revolutionärer Lieder durch den Stadtteil Holthausen. Der Zug wurde überall von der Arbeiterschaft begrüßt und begleitet von Arbeiterfahrrädern und Wertern für die rote Front. Die revolutionäre Hauerblödzeitungen abgedruckt. Die Polizei kam zu spät.

Aus dem branderistischen Gumpf

Das Blättchen der Renegaten, die Arbeiterschaft, meint zum heutigen Tag des Bezirksparteitags der RPD Sachsen, daß die Redensart vom bürgerlichen Zweifrontenkampf nichts anderes ist als eine Verlegenheitsphrasé. Der Bezirksparteitag hat auch für Sachsen den bündigen Beweis geliefert, daß die "neue Wendung" fauler Zauber ist. Von einer totalistischen Wendung kann nicht die Rede sein.

Allerdings, auf die von Herrn Brandt herbeigewünschte "soziale Wendung" (Bezug auf die Herausbildung einer revolutionären Führung in allen Kämpfen der Arbeiterschaft, Bündnis mit der sozialdemokratischen Bürokratie u. u.) hat der Bezirksparteitag tunlich verächtet. Die "soziale Wendung" verbindet mit der erbärmlichen Antiföderalistenherrschaft überlassen wir weiterhin den Föderalisten. Mögen sie sich weiter "wenden". Um so besser für die revolutionäre Arbeiterschaft.

Jungarbeiter heraus!

Um Sonnabend den 10. Mai große Jungarbeiterdemonstration gegen das Verbot der Roten Jungfront und gegen den Terror der Föderalisten. Dresdner Jungarbeiter, Jugendgenossen des RABD, Kameraden der ehemaligen Roten Jungfront, junge Antiföderalisten, Jungarbeiterporträts, heraus zur Kundgebung am Sonnabend dem 10. Mai 18 Uhr auf dem Freiberger Platz.

Die Stadtteile des Kommunistischen Jugendverbandes stellen an den bekannten Plätzen und treffen Punkt 18 Uhr auf dem Freiberger Platz ein.

RABD, Antiföderalist, Jugendopposition der Sportler.



Himbeersirup . . . Pfund 70 Pf.
Zitronenmost . . . Liter 64 Pf.
Limonaden • Mineralwasser • Flaschenbiere

Abgabe nur an
Mitglieder

Konsumverein VORWÄRTS



Der Konsumverein
VORWÄRTS
ist das Eigenunternehmen
organisierter Verbraucher,
das Unternehmen der
Selbsthilfe



Verkauf nur gegen bar, daher so billig!

Ludwig Bach & Co

Oschutzerstr. 16/18



Suppenküchner

pro Tunc

100 *r_f*,

Freitag, den 9. und Sonnabend, den 10. Mai bringt die

Oberlausitzer Wirtschafts- Genossenschaft — Zittau

Wer verkauft für uns gute prolefarische Romane?

Guter Verdienst!
Näheres:
Literaturvertrieb
Dresden-Alstadt
Viktoriastraße 21

Fahrräder

**Eröffnung
Sonntag
den 11. Ma**

35000 qm groß
1000 am
Schwimmfläche
Tageskabinen
Kinderspielplatz
Volkstümliche
Eintrittspreise
Geöffnet: Sonntags
von 6 bis 20 Uhr
wochenends
von 7 bis 20 Uhr
Preiswerte Speisen
und Getränke

Licht-Luftbadegenossenschaft Heidenau

Amtliche Bekanntmachung

Wichtigste Bekanntmachung
Notwendige Sitzung der Stadtverordneten
am Donnerstag dem 8. Mai 1930, abends 19 Uhr, im Rathaus-Saal.
Die Tagesordnung hängt am Rathstuhl aus.
Brand-Erbisdorf, am 6. Mai 1930.
Der Stadtverordnetenvorsteher.

ANSWERING QUESTIONS

STARKE'S KURBAD nur DRESDEN-N. 6, Bautzner Straße 31 L. Ruf Nr. 51502

STARKES KURBAD auf DRESDEN N. 6, Bautzner Straße 314. KUR NR. 51502
Persönl. Leitung! Geprüft. Personal! Anerk. eine führende Anstalt am Platze! Besucht die Privatkurbäder! An alle Krankenkass. zugelassen

Die Verhaftung Gandhis

Die Verhaftung Gandhis ist ein Ereignis, das beim Stand der Entwicklung der Ereignisse in Indien weittragende politische Folgen nach sich ziehen kann. Zweifellos haben die heimischen Ereignisse im Bombay, Kalkutta, Thessaloniki, Lahore, Peshawar, Madras, Gandhis klaglichen Salzfeldzug völlig in den Hintergrund gedrängt. Zweifellos haben die Waischinen gewehe der englischen Truppen, die in den Straßen fast aller indischen Städte knattern, Gandhis Predigt der „Gewaltlosigkeit“ überdeckt.

Was aber Gandhis „Aktion“ nicht vermochte, das kann im gegenwärtigen Stadium des revolutionären Aufschwungs in Indien seine Verhaftung bewirken. Sie kann angelichts der großen Popularität seines Namens vor allem unter den Millionenmassen der kultivierten und bildenden indischen Bauern den Ausbruch der revolutionären Volkserebung in Indien beträchtlich beschleunigen. Mit vollem Recht erklärt der Indianerberichterstatter des „Berliner Tageblatts“, C. J. Althoff, der im übrigen den Verlauf der Ereignisse in Indien mit unverstellbarer Sorge um das Schicksal des britischen Imperiums versorgt, daß mit der Verhaftung Gandhis „die leichte zuverlässige Bremse gegen offene Gewalt außer Betrieb gelegt“ wurde.

Die Elemente einer revolutionären Situation reißen in Indien mit beeindruckender Schnelligkeit heran. Die Massen treten immer entschiedener in die Außstandsbewegung ein. Unter der offensichtlichen Hegemonie des Industrieproletariats vollzieht sich der Aufschwung der Bauernrevolution. Die indischen Truppen schließen sich den Außständischen an. Das südliche Kleinbürgertum rebelliert. Die herrschenden indischen Schichten befinden sich in der größten Verwirrung. Die anglo-indischen Behörden schwanken zwischen panischem Schrecken und erzwungenem Entschlossenheit zur blutigen Unterdrückung der Bewegung.

In dieser Situation des beginnenden offenen Außstandes und bei der eigenartigen Besetzung der nationalen Revolution mit dem aufs äußerste zugespitzten Klassenkampf können alle Maßnahmen des englischen Imperialismus die große indische Revolution nur beschleunigen.

Von der größten Bedeutung sind in diesem Augenblick die Nachrichten über die englischen Truppen- und Materialtransporte nach Indien. Hier erheben sich insbesondere vor unserer englischen Brüderpartei gewaltige geschichtliche Aufgaben. Die englischen Kommunisten werden ihre revolutionäre Solidaritätspflicht gegenüber der indischen Revolution verlegen, wenn sie nicht unverzüglich alle Kräfte anspannen, um den Heikern der indischen Revolution, der Macdonald-Regierung, in den Arm zu fallen und die Truppentransporte zu verhindern.

Sie haben die Pflicht, kein Mittel unverzüglich zu fassen, um Versicherung und revolutionäre Aussöhnung in die Reihen der englischen Ameen zu tragen und die Transportarbeiter und Seeleute gegen die Kriegstransporta Macdonalds zu mobilisieren.

Aus die Kommunisten können und werden die gesamte englische Arbeiterschaft für die Sache der großen indischen Revolution gegen die Macdonald-Regierung in den Kampf führen!

Traktoren für sozialistische Landwirtschaft

Neue Traktorensfabrik in Stalingrad fertiggestellt

Moskau, 6. Mai. Der Bau der riesigen Stalingrader Traktorensfabrik ist vor Ablauf der festgelegten Frist zum Abschluß gelangt.

Die Arbeiter der Stoßbrigaden der neuen Traktorensfabrik richten an das ZK der KPdU, ein Telegramm für den Gossen Stalin, in dem sie dem bewährten Führer des Zentralkomitees der Leninistischen Partei ihre flammenden Grüße senden. In der Begrüßung heißt es u. a.: „Den Stoßarbeiter ist es trotz aller Schwierigkeiten, entgegen den Prophezeiungen der rechten Opportunisten, gelungen, den Traktoren-Giganten schneller als beabsichtigt, fertig zu stellen. Die Fabrik hat bereits

3 Motortraktoren fertiggestellt. Die besten 300 Stoßarbeiter sind der Kommunistischen Partei beigegeben. Um Namen der 18 000 Arbeiter, die beim Bau beteiligt waren, verzieren die Stoßarbeiter dem Zentralkomitee, das sie alles aufschieben werden, um die Traktorensfabrik bis zum 16. Parteitag, dem 15. Juni, in Betrieb zu setzen.“

Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion hat in Anerkennung der heldenhaften Tätigkeit der Arbeiterschaft, des Ingenieurs-, Techniker- und Verwaltungspersonals der neuen Fabrik beschlossen, dem Bauarbeiterkollektiv den Orden des „Roten Banners der Arbeit“ zu verleihen.



Gesetztes zu Tages-Verlag, Wien-Berlin.

47. Fortsetzung

Diese Arbeit hat keinen Anfang und kein Ende. Fleiß wäre hier Irrsinn. Da eine Aufgabe, wie sie draußen vorliegt, die Ausheilung eines Falles in möglichst kurzer Zeit, um ein Rohr wieder gebrauchsfähig zu machen, nicht gekört wird, ist es auch ganz gleichgültig, ob überhaupt gefeiert wird.

Der Unteroffizier von unserem Kommando sagt kein Wort, was sollte er auch sagen! Wir sind das zehnte Kommando und nach uns kommen weitere Kommandos. So siedeln wir täglich unter acht Stunden herunter. Vier Stunden vormittags, vier Stunden nachmittags. Die Hälfte des Kommandos ist immer unterwegs, geht im Betrieb spazieren.

Die polnischen Arbeiter verhalten sich uns gegenüber höflich, aber ablehnend. Ich lache vergnügt mit dem einen oder anderen in ein Gespräch zu kommen, aber sie „verstehen“ nicht deutsch. In der Dreherei versuche ich, einem jungen Dreharbeiter zu helfen; er arbeitet an zwei Säulen. Er lädt mich gewöhnen, aber er schweigt. In der Schmiede greife ich mit dem Vorhüllhammer, als der Schmied das Eisen auf den Anstab bringt, und schlage vor. Er winst ab, als das Eisen erkalte, sieht es wieder ins Feuer, und bleibt stumm.

Manchmal glaube ich durch ihr bedauerndes Lachen die richtige Antwort zu fühlen: wir haben keine Lust, mit euch zu sprechen. Kommt man in die Toilette, verhummt das Gepräch. Sie fühlen sich kontrolliert, werfen nach einigen hastigen Jügen die langen Mundstücke ihrer Zigaretten fort und gehen. Nicht direkt demonstrativ, aber sie gehen, und die Aufzimmenden halten sich nicht auf, solange deutsche Soldaten dort sind.

Und doch möchte ich gerne mit ihnen sprechen. In Berlin haben Arbeiter die rote Fahne gehisst, am ersten Mai demon-

Straßenkämpfe in Madrid

Arbeiter und Studenten demonstrieren gegen die Diktatur

Madrid, 6. Mai. Die antimonarchistischen Kundgebungen in Spanien haben sich zu Straßenkämpfen in Madrid gesteigert, die seit zwei Tagen andauern. Bis jetzt werden vier Tote und 17 Schwerverletzte gemeldet. Die Regierung hat ein allgemeines Demonstrations- und Versammlungsoptbot ausgesprochen. Die Universität ist geschlossen worden.

Die neuen antimonarchistischen Kundgebungen richten sich als Protest gegen das buntale Vorgehen der Polizei anlässlich der Rückkehr des bekannten Universitätsprofessors Unamuno aus der Verbannung ein. Die Studenten traten in den Streik und veranstalteten große Demonstrationen. Als es dabei zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam, verschlugen sich die Studenten im Universitätsgebäude und griffen die Polizei mit einem Hagel von Ziegelsteinen an. Die Polizei gab mehrere Salven ab, durch die einige Arbeiter schwer verletzt wurden. Daraufhin legten die in den Nebenstraßen deplatzierten Bauarbeiter die Arbeit nieder, platzten im Universitätsgebäude rote Fahnen auf und schlugen die Polizei zurück. Die Kämpfe ließen sich in anderen Stadtteilen fort.

Die Universitätsleitung, die den Studenten den Proteststreik empfohlen hatte, schwante nach der Zuspitzung der Lage durch den Eintritt der Arbeiterschaft in den Kampf natürlich

sofort ein und erwirkte von der Regierung eine vorläufige Schließung der Universität. Die Arbeiterschaft setzt ihre Demonstrationen gegen die Diktatur fort.

Provokateur Lawrence in Bagdad

Konstantinopel, 6. Mai. Wie der Bagdader Korrespondent der „République“ meldet, lebt der berüchtigte englische Oberst Lawrence, dessen Tätigkeit unter den arabischen Stämmen während des Krieges und bei den Kämpfen in Afghanistan in den letzten Jahren allgemein bekannt ist, unter dem Namen Hadsch Ali Mchmed in Bagdad.

Lawrence soll angeblich mit der Unterstützung der von der türkischen Grenze kommenden Kurden betraut sein. Seine Wohnung liegt in unmittelbarer Nähe der britischen diplomatischen Vertretung.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Lawrence von der Macdonald-Regierung angesichts der Ereignisse in Indien mit einer neuen „Mission“ in Afghanistan oder in Indien selbst bestellt wurde.

Arbeiter-Außstand in Swatavu

Regierungstruppen nach erbittertem Straßenkampf in die Flucht geschlagen

Shanghai, 6. Mai. Wie die chinesische Presse mitteilt, sind in der südchinesischen Hafenstadt Swatavu die Arbeiter in den Außstand getreten. Die Regierungstruppen wurden nach hartnäckigen Straßenkämpfen aus der Stadt vertrieben. In verschiedenen Stadtteilen dauern die Kämpfe noch an. Die Stadt befindet sich aber anscheinend bereits fest in der Hand der Außständischen.

Die Rote Armee, die etwa 200 Kilometer nördlich von Swatavu operiert, befindet sich auf dem Marsch, um den Außständischen zu Hilfe zu eilen.

Aus Kanton sind Regierungstruppen im Anmarsch, um den Außstand niederzuwertern. Die Stimmgabe unter den Truppen ist aber so wenig regierungsfreudlich, daß die Behörden bereits mit dem endgültigen Verlust dieser wichtigen Hafenstadt rechnen.

Ganz zuverlässige Nachrichten über den Außstand in Swatavu liegen noch nicht vor. Sollte die Rote Armee in vollem Umfang

intressen, so händen wir vor dem bedeutsamen Ereignis in der neuen Welle der chinesischen Revolution. Swatavu ist neben Kanton die wichtigste Handels- und Industriestadt Südchinas. Strategisch bildet sie eine Schlüsselstellung für den Vormarsch des Roten Armeen auf Kanton. Politisch ist der Außstand in Swatavu das Signal für die revolutionäre Erhebung des Industrieproletariats in ganz Süd- und Mittelchina, der Auftakt für eine elementare Befreiung und Befreiung der großen chinesischen Agrarrevolution.

Zuspitzung im Bauarbeiterstreit in Reims

Paris, 6. Mai. Zwischen streikenden Bauarbeitern und der Polizei gab es heute mehrere heftige Zusammenstöße, als die Polizei das Streikpotentiale zu unterdrücken versuchte. Vor dem Gericht kam es zu Massenkundgebungen gegen die Beamtung jüdischer Arbeitnehmer. Als die Meldung von neuen Verhaftungen kam, hämmerten die Arbeiter das Gerichtsgebäude.

Kurze Auslandsnachrichten

Ein neuer Kommunistenprotest gegen 35 Arbeitnehmer beginnt in den nächsten Tagen in Japan, wo kürzlich 121 Kommunisten zu 75 Jahren Justizhaus verurteilt worden sind.

Der Zentralkomitee der Roten Hilfe Deutschlands sendet an das französische Kolonialministerium ein Telegramm, worin schwächer Protest gegen die brutalen Sicherheitsmaßnahmen erhoben wird.

25 000 junge Polen halten in Anwesenheit Muñoz Torcuato in einem Gefängnis in der Nähe von Rom militärische Übungen ab.

Die Arbeiterschaft der Mannesmann-Hamburg-Werke in Tyrnau (Lemberg) ist gegen die Entlassung des Vorsitzenden ihres Betriebsausschusses in den Streik getreten.

Feinde oder ihre Klassegenossen, Proletariat, vor sich haben. Die Arbeiterschaft unter den Arbeitern ist sehr groß. Wir werden es schwer haben, durch die Schulden der deutschen Arbeitnehmer, den Nationalismus erfolgreich zu bekämpfen."

Ein seltsames Gefühl besitzt mich. Ich selbst habe als Pum nur Ihnen August Wendt hatte Ihnen recht!

Ich erzähl lang und breit meine eigene Geschichte. Sie hören mich interessiert an und stimmen zu. „Genau wie wir“, bestätigt Genossen. „Auch wir müssen ja Kriegsmaterial, noch dazu für die deutsche Herrschaft, herstellen.“

„Dann kommt ihr die deutschen Genossen doch auch nicht verdammen?“

„Tun wir auch nicht, Genossen, aber wir müssen vorichtig sein. Alle Spione und Spione versuchen, uns unter der Maske des „Sozialisten“ zu jagen. Die polnischen Arbeitnehmer haben schlechte Erfahrungen hinter sich. Wir sind ja vollends vogelstark. Vieles von uns sind schon erschossen oder deportiert infolge Tatenunstetigkeiten ehemaliger Spione.“

Die Uhr ruht auf mir. Ich muss gehen. Wir reichen uns die Hände, die Genossen weint. Sie ist nicht mehr jung. Ihr Name ist Schröder, der hinter dem Kopftuch sitzt ist, ist sehr weich.

Wir gehen dann; erst die beiden anderen, älteren Arbeiter, dann die Genossen. Genossen und ich sind die letzten.

„Warum weint die Genossen?“ fragt ich.

„Sie hat viel durchgemacht“, sagt Genossen kurz und bitter. „Sie ist aus Deutsch-Polen, wohnt hier bei ihrer alten Mutter. Ihr Mann wurde vom deutschen Heere eingesogen und fiel in Polen. Ihren Sohn haben die Deutschen in Warschau hingerichtet.“

„Warum?“

„Er beteiligte sich an einem Streik, als die Deutschen Warschau besetzt hatten und die Lohnen der Arbeiter einfach hielten. Er war erst siebzehn Jahre alt.“

„Da geht die Zeit noch mal auf. Einer der Genossen kommt herein und sagt etwas in polnischer Sprache.“

„Los!“ sagt Genossen darauf, „die Luft ist rein. Gute Nacht.“

„Wann fahrt du?“

„Nächste Woche.“

„Wenn wir nicht mehr zusammenkommen können...“

„Vielleicht nicht bald — schreibe die Genossen in Deutschland.“

(Fortsetzung folgt)